

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Redaktion und Druck:
Auer Tageblatt und Anzeiger
Verlagsgesellschaft m. b. H., Auer
Kriegsweg 10
Erzgebirgische Druck- und Verlagsanstalt
Auer, Erzgebirge

Abonnement: Durch unsere Posten frei ins Haus monatlich 1.70 Mk., bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 1.50 Mk. Bei der Post bezahlt und freit abgeholt vierteljährlich 4.10 Mk., monatlich 1.30 Mk. Durch den Briefträger freilich Haus abgeholt monatlich 1.50 Mk., monatlich 1.30 Mk. Erscheint täglich in den Wochenenden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabestellen, sowie alle Poststationen und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Anzeigenpreise sind in der Beilage über den Preis der Anzeigen im Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge zu finden. Die Anzeigenpreise sind in der Beilage über den Preis der Anzeigen im Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge zu finden. Die Anzeigenpreise sind in der Beilage über den Preis der Anzeigen im Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge zu finden.

№. 26

Montag, den 2. Februar 1920

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Den englischen Blättern zufolge erklärte **W. G. Mitchell** in Paris auf Befragen, die von der Friedenskonferenz dem vormaligen Feinde auferlegten Bedingungen seien völlig unburdenbar.

Zwischen **Stivnoff** und **Grado** wurde die Grundlage für ein Abkommen zwischen Großbritannien und der Sowjetregierung festgelegt wobei hauptsächlich die sofortige Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen vorgesehen ist.

Aus **Tokio** wird gemeldet: Der Minister des Auswärtigen erklärte, die Regierung habe Schritte eingeleitet, um das Bündnis zwischen England und Japan zu erneuern.

Die Forderungen der Valutakommission.

Wie das Inland helfen muß. — Die landwirtschaftliche Preispolitik. — Erlassung der Valutaguthaben im Ausland. — Teilweise Eingehung der Valutaguthaben.

Die Sitzung der Ständigen Valutakommission, die am 29. Januar im Reichsfinanzministerium stattfand, beschäftigte sich zunächst mit der von angelegenen Persönlichkeiten verschiedener Länder ihren Regierungen gegebenen Anregung, eine internationale Finanzkonferenz einzuberufen, deren Ziel die Festsetzung zugunsten der durch den Krieg geschädigten Staaten sein würden. Die Valutakommission gab ihrer Meinung über diese Anregung sowie über die gegenwärtige schwierige Lage in folgender Weise Ausdruck:

Die Ständige Valutakommission tritt in einem Augenblick zusammen, in dem die deutsche Währungsparität fast vollständig zusammengebrochen ist. Die Reichsmark ist international nur noch einige Prozente ihrer Parität wert. Das Andauern dieses Zustandes würde nicht nur hoffnungslos wirtschaftliche und finanzielle Zerrüttung für Deutschland, sondern auch

schwerste Erschütterung für die gesamte europäische Welt

bedeuten. Die Kommission begrüßt mit Begeisterung die Verhandlungen über das Finanzabkommen mit den Niederlanden, in dem sie einen verbindlichen Anfang erblickt. Sie hat mit Zustimmung von dem Memorandum Kenntnis genommen, das mit den Unterschriften einer Reihe hochangesehener Privatpersonen der verschiedensten — neutralen und früher feindlichen — Länder gedeckt, eine schnelle und weitreichende internationale Finanzaktion fordert, um allen Ländern, die durch den Krieg wirtschaftlich schwer betroffen sind, den Wiederaufstieg zu ermöglichen. Die Kommission kann sich dieser Auffassung und den Grundgedanken des Memorandums nur anschließen. Sie hält eine sofortige Versammlung von Vertretern der internationalen Finanzwelt für unerlässlich, um das Chaos auf dem Weltmarkt zu meistern und Hungernot und Zusammenbruch von Deutschland — und damit des Zusammenbruchs von Europa — abzuwenden. Das Beispiel von England und Österreich zeigt den Weg. Das Deutsche Reich auf diesem Wege auch andere Länder nach sich ziehen muß, darüber kann kein Zweifel bestehen, wenn man sieht, daß 100 Lire heute weniger als 35 Schweizerische Franken wert sind, 100 Pfund weniger als 25 Sterling, 100 französische Franken weniger als 42 Pfund und das Pfund Sterling nur 19 Schweizerische Franken wert sind. Indessen:

Drumbe Finanzhilfe allein reicht nicht aus, das Inland muß helfen.

Wir alle müssen einsehen, daß wir ohne regelmäßige, gewissenhafte und die jegliche Leistung übersteigende Arbeit dem Zusammenbruch entgegengehen. Werden die inneren Voraussetzungen nicht geschaffen, so werden wir voraussichtlich Hilfe von außen nicht erhalten; sollte sie dennoch erhältlich sein, so würde sie nur unter schwersten Bedingungen und Sicherstellungen zur Verfügung gestellt werden und uns daher nicht beseitigen retten.

Nachdem das Inkrafttreten des Friedensvertrages die erhoffte Schließung der deutschen Grenzen gegen die uneingeschränkte Wareneinfuhr nicht gebracht hat, richtet die Kommission an die Finanzsachverständigen aller Entente-Länder den dringenden Wunsch, bei ihren Regierungen die sofortige Schließung der deutschen Westgrenze und die Inkraftsetzung der deutschen Wirtschaftsgesetze im besetzten Gebiet durchzusetzen, und sie zu der im Art. 235 des Friedensvertrages vorgesehenen Hilfe für die Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen und Geldmitteln zu veranlassen. Diese Hilfe muß sofort kommen, sonst kommt sie zu spät. Die Zeit für kleine Mittel ist vorbei. Es muß gelingen, die deutschen Grenzen zu schließen und eine Preispolitik, die die Landwirtschaft zur äußersten Produktion anspornt, einzuleiten. Die Arbeit muß in weit stärkerem Maße wieder einleiten. Eine schnelle internationale

finanzielle Aktion muß erfolgen, um die Lage zu retten.

Die Valutakommission erörterte sodann die Fragen, mit denen sie sich bereits in ihren letzten Sitzungen beschäftigt hatte. Es wurde ihr über die Maßregeln berichtet, die inzwischen mit Rücksicht auf die in der Sitzung vom 7. und 8. Januar gefasste Entscheidung von dem in Frage kommenden Regierungskomitee getroffen worden sind. Dazu nahm die Kommission in folgender Weise Stellung:

Die Kommission hat unter anderem mit Befriedigung davon Kenntnis genommen, daß beabsichtigt ist, die Preise für die hauptsächlichsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse der nächsten Ernte wesentlich zu erhöhen, um die landwirtschaftliche Produktion anzuregen, und daß eine Bekanntmachung darüber in Kürze zu erwarten ist. Die Valutakommission glaubt aus dem ihr erstatteten Bericht entnehmen zu sollen, daß ihren Anregungen bei der letzten Tagung auf eine noch schärfere Beschränkung der Einfuhr bisher noch nicht genügend stattgegeben worden ist. Sie steht unter dem Eindruck, daß an maßgebenden Stellen die Gefahr noch nicht voll gewürdigt wird, die unsere Volkswirtschaft in der letzten kritischen Lage dadurch droht, daß immer noch erheblich mehr eingeführt wird als mit der Ausfuhr bezahlt werden kann. Sie tritt daher erneut für

eine noch schärfere Beschränkung der Einfuhr

ein, wobei auch die Rohstoffeinfuhr auf das Maß beschränkt werden muß, das der Verarbeitungsmöglichkeit der Industrie entspricht. Dieses um so mehr, als die greifbaren Weltvorräte vieler Waren in den Häfen und Lagerplätzen außerordentlich groß sind. Die bereits bei der letzten Tagung von der Ständigen Valutakommission geforderte Erlassung der bei der Wareneinfuhr laufend anfallenden Devisen muß nunmehr sofort durchgeführt werden. Dabei müssen auch die Einfuhrkontrollen und Erträge werden, die durch Verkäufe anderer Art an Ausländer, insbesondere von Wertpapieren und von Grundstücken entstehen. Die Erlassung dieser laufend anfallenden Devisen genügt aber nicht; wirksamere wäre die Erlassung der bereits bestehenden Valutaguthaben, Bestände an ausländischen Noten und sonstigen Geldforderungen an das Ausland. Es wird angeregt, daß diese Frage von den zuständigen Stellen geprüft wird.

Die Ständige Valutakommission stellt die Forderung, daß ein erheblicher Teil des Fagens, der sich aus dem Verkauf von Waren nach dem Ausland für die Industrie und den Handel durch den schlechten Stand der deutschen Valuta ergibt, dem Reich zufallen muß, um die schon in der letzten Sitzung der Valutakommission

äußerst gefährliche Angleichung der Inlands- und der Auslandspreise

aufzuhalten. Die Abschaffung eines Teiles der durch den Warenexport sich ergebenden Valutaguthaben an das Reich ist schon deshalb berechtigt, weil dieses durch die in die Milliarden gehenden Zuschüsse zur Verbilligung der Lebenshaltung mittelbar einen erheblichen Teil der Produktionskosten trägt. Die Valutakommission ist sich darüber im Klaren, daß alle von ihr angehenden Vorschläge und Forderungen keine Hilfe bringen können, wenn ihre Durchführung verzögert wird. Die Kommissionsmitglieder legen daher den zuständigen Stellen dringend nahe, die Beratungen über die als notwendig erkannten Einfuhr- und Devisenmaßnahmen abzukürzen und zur Durchführung der Maßnahmen zu beschleunigen.

Die Erörterung einer Reihe weiterer wichtiger Einzelfragen wurde von der Kommission mit Rücksicht auf die Nichtanwesenheit des Reichsfinanzministers vertagt.

Mut und Treue.

Der Krieg ist zu Ende. Das Werk der Gewalt, das sich Friedensvertrag von Versailles nennt, ist ratifiziert und harrt der Verwirklichung. Geknebelt, aus tausend Wunden blutend, seiner Ehre beraubt, wird Deutschland nun in schwersten Jahren den Dornenweg einer Fron ohne Gleichen zu durchschreiten haben. Weite Strecken kerndeutscher Landes werden aus dem lebendigen Körper des Reiches herausgeschnitten und Millionen Deutscher gehen dem Vaterlande verloren. Damit nicht genug stellt der Vertrag von Versailles auch noch das Schicksal einer weiteren Gruppe deutscher Brüder und Schwestern in Frage, um am nächsten auch sie unserem ohnmächtigen Reich zu entreißen. — Deutsche auf der fruchtbaren, an Bodenschätzen wie Denkmälern reicheren Kulturarbeit gleich reichen deutschen Erde in Schleswig, Ost- und Westpreußen. Eine am Geburtsort vorzunehmende Abstimmung aller dort Geborenen, gleichviel wo sie jetzt wohnen, soll die Entscheidung darüber erkringen, ob diese blühenden Teile Deutschlands bei uns verbleiben oder den Dänen und Polen zufallen sollen, deren Bier es gerade recht wäre, beim Ausverkauf Deutschlands billigen Kriegsgewinn einzustreuen.

Wie der Versailler Vertrag in allem und jedem unsern Untergang bezweckt, so hat er es auch in diesem Falle am Gebiete abgesehen, deren Einbuße das ge-

samte Reich wirtschaftlich und kulturell an der Wurzel treffen soll. Die Bestimmung unserer bisherigen Heinde bürgt uns dafür, daß kein Mittel unversucht bleiben wird, um ein Abstimmungsresultat zu erzielen, das uns um unsere ergiebigsten Rohstoffe und Getreidekammern brächte. Es wird dabei darauf vertraut, daß der Zusammenbruch der bewaffneten deutschen Kampftruppe uns auch national gleichgültig gemacht hat. Ist dem so? Sollen die französischen, polnischen, englischen und anderen Heiber hierin Recht behalten? Werden wir ihnen das Schauspiel des letzten — eigenen — nationalen Völkermordes bieten? Kann unsere nationale Laune so groß sein, daß im zahlenmäßig schwächeren anderen Lager mehr Stimmen aufgebracht werden, als bei uns, deren wertvollster Besitz auf dem Spiele steht? Wird unser Fall sich als so tief erweisen, daß wir hoffnungslos und talentlos aufhauen sollen, wie das rührige Polen, und Dänentum uns auch dieses angekommene Land aus der Hand reißt und uns ganz und gar zu Bestlern macht?

So fragen uns hängen Augen die Deutschen in Ost und West, deren Schicksal in unsere Hand gegeben ist. Hierauf kann es, darf es nur eine Antwort geben, eine Antwort, eingegeben nicht von Erwägungen der Partei oder etwaigen persönlichen Vorteilen, sondern von der Stimme des Blutes und Herzens: Nein, tausendmal nein! Denn um nichts Wertigeres fallen die Märkte als um die Befundung von des deutschen Volkes Willen zum Leben! Die Reiten von Deutschlands Erniedrigung sind bis jetzt noch immer auch die Geburtsstunden seiner nationalen Selbstbestimmung gewesen, haben die edelsten Seiten seiner stitischen Kräfte erschaffen lassen: Mut und Treue! Zeigen wir bloß den Mut zur Erhaltung der bedrohten deutschen Provinzen beim Reich und damit zur Behauptung unseres Volksganges — und der Sieg ist unser. Dazu müssen wir aber den taubereiten Willen erweisen, ohne Verzug die Mittel aufzubringen, um allen Abstimmungsberechtigten die Reise in die Geburtsheimat zu ermöglichen. Die Grenzspende des Deutschen Bundes für die Grenz- und Auslandsdeutschen sei der Ausdruck der Treue eines jeden von uns zu den Volksgenossen in Ost und West. Trage ein jeder dazu bei, den Beweis zu erbringen, daß Deutschland trotz seines durch Kriegsmut und Hungerjahre schmal gewordenen Bestandes nicht auch krank im Herzen geworden ist!

Den verheißungswollen Auftakt dieser einmütigen Kundgebung unseres schwergeprüften Volkes zur Erhaltung seiner Grenzgebiete hat uns im Dezember vorigen Jahres die Grenzspendenversammlung im Reichstagsgebäude gegeben, wo Vertreter aller Parteien und Berufsstände — nicht zuletzt der deutschen Arbeiterschaft — die ungeheure Bedeutung unseres bedrohten nationalen Bestandes für das gesamte deutsche Volkstum in beredten Darlegungen uns nahelegen verstanden haben. Nun hängt es von jedem Einzelnen ab, durch schnelles und reichliches Spenden der nötigen Geldmittel, die Munition für diese letzte, unblutige Schlacht des Weltkrieges zu beschaffen und zu zeigen, daß wir noch die Kraft haben, uns allen widrigen Gewalten zum Trotz als einträgliches deutsches Volk zu behaupten, eingebend des Dichtermortes:

Geknebelt von Willkür grausam und schlecht
Glaub ich an Recht;
Umgeben von Finsternis mauerdicht
Glaub ich an Licht!

Beiträge zur Grenzspende für die Volkswahlmungen können beim Verlage des Auer Tageblattes, der darüber öffentlich quittiert, unter dem Kennwort Grenzspende eingezahlt werden. Verschiedene Banken und jedes Postamt nehmen Spenden entgegen. Bei der Post sind Eingahlungen auf Postcheckkonto Berlin Nr. 79 778 zu leisten.

Die Sätze der Reichseinkommensteuer.

Im Entwurf des Nationalhaushalts für 1920 wurde der § 20 des Reichseinkommensteuergesetzes mit dem Steuererlass in der von der Regierung vorgelegenen Fassung angenommen. In § 21 (Besteuerung einzelner Verdienungsarten) beantragte Dr. Wind: Bei Gewinn aus einzelnen Verdienungsarten wird die Steuer von dem gesamten steuerpflichtigen Einkommen nach dem Durchschnittssatz erhoben, der nach § 20 anzuwenden wäre, wenn die Steuer von dem übrigen Einkommen zusätzlich des Betrages erhoben würde, der sich bei gleichmäßiger Verteilung des Gewinnes auf die vollen Jahre der Verdienensdauer ergibt. Die Bestimmung vor dem 1. Januar 1920 sowie die Bestimmung von mehr als fünf Jahren wird nicht berücksichtigt. — Der Antrag wird angenommen. In der Debatte wurde auch die Frage der

Veränderung des Einkommensteuersatzes gestreift, wobei Dr. Dernburg auf den gegenwärtigen Selbstüberfluß hinwies. Der Redner gab der Ansicht Ausdruck, daß ein Nachlassen des Selbstüberflusses, eine gewaltige Steigerung des Reallohnens und ein starker Rückgang der Wertpapiere für die Zukunft zu erwarten seien.